

presse

AG Bildung und Forschung

ZVS zur Serviceeinrichtung für Studierende und Hochschulen ausbauen

*Anlässlich des Gesprächs der Arbeitsgruppe Bildung und Forschung der SPD-Bundestagsfraktion mit dem Direktor der Zentralstelle zur Vergabe von Studienplätzen (ZVS), Dr. Ulf Bade, erklären die Vorsitzende des Ausschusses für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung, **Ulla Burchardt**, und der bildungs- und forschungspolitische Sprecher der der SPD-Bundestagsfraktion, **Jörg Tauss**:*

Für die SPD-Bundestagsfraktion steht beim Umbau der ZVS insgesamt im Vordergrund, dass gemeinsam mit den Hochschulen die vollständige Ausnutzung der vorhandenen Kapazitäten sichergestellt wird. Die Verfahren für die Bewerberinnen und Bewerber müssen einfach und zumutbar sein. Die Bürokratie sollte auf das notwendige reduziert werden. Die Hochschulen sind aufgerufen, auch im eigenen Interesse die Möglichkeiten der ZVS als Servicestelle zur besseren Koordinierung und Abwicklung ihrer Auswahlverfahren intensiv zu nutzen. Die Zurückhaltung der Hochschulrektorenkonferenz ist hier nicht nachvollziehbar.

Das Kernproblem der Studienplatzknappheit kann aber nicht die ZVS alleine lösen. Hier haben Bund und Ländern mit dem Hochschulpakt einen wichtigen Beitrag zu Verbesserung der Situation bereits vereinbart. Allein der Bund wird den Ländern bis 2010 etwa 565 Millionen Euro zur Schaffung von etwa 90.000 zusätzlichen Studienplätzen zur Verfügung stellen. Wir erwarten von den Ländern, dass sie hier ihren Beitrag zu leisten und sich ihrer Kernaufgabe, der ausreichenden Grundfinanzierung der Hochschulen verstärkt stellen.

Viele Abiturienten fühlen sich bei der Bewerbung um einen Studienplatz zunehmend im Stich gelassen. Zwischen Abitur, fach- und ortsbezogenen Zugangsbeschränkungen, hochschulspezifischen Auswahlverfahren, etwa notwendigen Wartezeiten oder auch unzulänglichen Beratungsangeboten sind sie schlicht zunehmend damit überfordert, alle An-

gebote und Verfahren auch nur zu erfassen und für sich eine klare Bewerbungsstrategie zu entwickeln. Der von den Kultusministern der Länder im Februar 2007 beschlossene Umbau der ZVS zu einer Serviceeinrichtung für Studienplatzbewerberinnen und -bewerber ist ein richtiger und wichtiger Schritt. Die SPD-Bundestagsfraktion unterstützt diesen Ansatz und fordert die Länder auf, diesen Prozess weiter voranzutreiben und erwartet von den Hochschulen sich konstruktiv an der Arbeit der ZVS zu beteiligen.

Ein Teil des Problems ist sicher auch, dass die Hochschulen bisher nur in Ansätzen ihre Möglichkeiten genutzt haben, über belastbare und innovative eigene Auswahlverfahren die Identifizierung besonders geeigneter Studienplatzbewerber zu verbessern. Weiterhin sehen die Hochschulen vor allem in der Abiturnote das einzig ausschlaggebende Kriterium, von Innovationen an dieser Stelle also keine Spur. Das Problem der Mehrfachbewerbungen, die mangelnden Nachvergabeverfahren und nicht zuletzt die hohen individuellen Kosten für die Studienplatzbewerberinnen und -bewerber nehmen sogar aufgrund steigender Abiturrentenzahlen an Schärfe weiter zu.

Die ZVS könnte als neue Service- und Beratungseinrichtung das Problem lösen helfen. Mit ihren neuen Aufgaben der Information der Bewerber über Studienangebote und Auswahlverfahren sowie der Unterstützung der Hochschulen bei den Zulassungsverfahren adressiert sie genau die offenen Fragen und könnte zur Verbesserung der Transparenz und Effizienz der Verfahren beitragen. Offen bleibt aber, ob die von den Ländern geplante Ausstattung mit Geld und Personal hinreichend ist für die Größenordnung dieser Aufgabe. Dies gilt auch im Hinblick auf die Realisierung des mehr als ambitionierten Zeitplans der KMK: Ob die dringend benötigte Servicedienstleistung bereits zum Wintersemester 2008/09 starten kann, ist allein aufgrund der notwendigen rechtlichen Voraussetzungen in den Ländern völlig offen.